

Antrag

**der Abg. Hans Dieter Scheerer und
Nikolai Reith u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Förderung des Projekts „Hadi, wir müssen reden“

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwiefern ihr bekannt ist, dass in der jüngeren Vergangenheit in migrantischen Communities bzw. Milieus von Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund Rechtsextremismus und Ultrationalismus wachsen;
2. welche Wichtigkeit sie Projekten zur Integration von Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ultrationalismus in migrantischen Communities zumisst;
3. inwiefern ihr das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) bekannt ist;
4. sofern Ziffer 3 bejaht wird, wie sie die verschiedenen Maßnahmen und Aktionen des Projekts „Hadi, wir müssen reden“ des LAKA zur Bekämpfung von Ultrationalismus und Rechtsextremismus aus ihrer Sicht bewertet;
5. welche Informationen sie darüber hat, die Einblicke in die aktuellen Herausforderungen und Erfolge des Projekts „Hadi, wir müssen reden“ bieten, insbesondere im Hinblick auf die angestrebten Ziele zur Bekämpfung von Ultrationalismus und Rechtsextremismus;
6. inwiefern sie sich mit Vertretern des LAKA und insbesondere Projektmitarbeitern von „Hadi, wir müssen reden“ ausgetauscht hat;
7. wie sie die Zusammenarbeit zwischen dem LAKA und anderen relevanten Organisationen oder staatlichen Stellen bewertet, um eine effiziente Umsetzung von Integrationsmaßnahmen und Anti-Rechtsextremismus-Initiativen zu gewährleisten;

Eingegangen: 1.2.2024/Ausgegeben: 4.3.2024

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. inwiefern verschiedene Angebote von Integrationsmaßnahmen und Anti-Rechtsextremismus-Initiativen über die zentrale Plattform bzw. Homepage des Demokratiezentrum Baden-Württemberg im Sinne einer Verweisberatung abrufbar sind;
9. inwieweit der LAKA im Rahmen des letzten Landeshaushalts Fördermittel für seine Tätigkeit und insbesondere für das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ erhalten hat;
10. inwiefern sie plant, den LAKA und insbesondere das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen finanziell zu fördern und wenn ja, in welcher Höhe;
11. ob sie Maßnahmen plant, um die Nachhaltigkeit der Präventionsbemühungen über die Projektdauer hinaus sicherzustellen;
12. inwiefern sie plant, die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Projekt „Hadi, wir müssen reden“ in ihre Gesamtpolitik zur Förderung der Integration von Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund zu integrieren;
13. ob sie plant, einen Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern anzustreben, um über das Projekt bewährte Praktiken im Umgang mit Rechtsextremismus und Ultrationalismus zu teilen und gemeinsame Ansätze zur Förderung der Integration zu entwickeln.

1.2.2024

Scheerer, Reith, Haußmann, Fischer, Jung, Weinmann,
Rülke, Bonath, Timm Kern, Hoher, Heitlinger FDP/DVP

Begründung

Das Projekt „Hadi, wir müssen reden!“ des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) stellt unterschiedliche präventiv-pädagogische Angebotsformate für Jugendliche und junge Erwachsene bereit, die eine kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Ultrationalismus in der Migrationsgesellschaft fördern und zur Stärkung der Demokratiekompetenz unter Menschen mit Migrationshintergrund beitragen. Das Projekt ist bis Ende 2024 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert und dieser Antrag soll beleuchten, inwiefern die Landesregierung Kenntnis von der Arbeit des LAKA und dieses besonderen Projekts hat und gegebenenfalls plant, die finanzielle Unterstützung des Projekts künftig fortzuführen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 26. Februar 2026 Nr. SM42-0141.5-54/3103/3 nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sowie dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. inwiefern ihr bekannt ist, dass in der jüngeren Vergangenheit in migrantischen Communities bzw. Milieus von Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund Rechtsextremismus und Ultranationalismus wachsen;

Die anhaltenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen (z. B. die Covid-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der Nahost-Konflikt) wirken sich auch auf die Bevölkerung in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg aus. Laut der im September 2023 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten jüngsten Ausgabe der sogenannten Mitte-Studie mit dem Titel „Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023“ befindet sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wieder auf einem hohen Niveau. Konflikthafte und kriegsrische Entwicklungen weltweit beeinflussen rechtsextremistische und nationalistische Einstellungen in verschiedenen Gesellschaftsschichten. Durch persönliche Betroffenheit oder Bezüge in Konfliktländer können besondere Vulnerabilitäten entstehen und Radikalisierungsprozesse angestoßen werden. In Baden-Württemberg bestehen regionale Schwerpunkte rechtsextremistischer Organisationen mit Auslandsbezug.

Extremistische Bestrebungen in „migrantischen Communities bzw. Milieus von Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund“ rechnet der Verfassungsschutzverbund, sofern sie nicht religiös motiviert sind, dem Phänomenbereich „Auslandsbezogener Extremismus und Terrorismus“ zu. Insbesondere der türkische Rechtsextremismus, auch „Ülkücü-Bewegung“ („Idealisten-Bewegung“) genannt, ist von extremem Nationalbewusstsein, Ultranationalismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus und Antisemitismus geprägt. Ihre Anhänger werden oft als „Graue Wölfe“ (türkisch: „Bozkurtlar“) bezeichnet. Teile dieser Szene fallen durch Aggressivität und Gewaltbereitschaft sowie Straftaten und eine gesteigerte Waffenaffinität auf. Insgesamt rechnet das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) dem türkischen Rechtsextremismus in Baden-Württemberg ein Personenpotenzial von etwa 2 550 Personen zu.

In den vergangenen Jahren ist eine Steigerung des Personenpotenzials festzustellen. Dieser Anstieg ist jedoch überwiegend durch die verstärkte Bearbeitung durch das LfV und den damit verbundenen Erkenntnisgewinn im Bereich Türkischer Rechtsextremismus begründet. Es kann daher nicht pauschal von einem Anwachsen des türkischen Rechtsextremismus gesprochen werden. Ungeachtet dessen intensiviert das LfV die Bearbeitung dieser Szene mit dem Ziel eines gesteigerten Erkenntnisgewinns. Dabei zeigt sich, dass die Aktivitäten regelmäßig von Entwicklungen in der Türkei, wie beispielsweise dem Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2023, beeinflusst werden.

2. welche Wichtigkeit sie Projekten zur Integration von Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ultranationalismus in migrantischen Communities zumisst;

Eine gelingende Integration von Einwanderinnen und Einwanderern sowie Menschen mit Migrationsgeschichte ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Maßnahmen des Landes setzen dabei an verschiedenen Punkten an wie der Integration in die Arbeitswelt, dem Spracherwerb oder der Begleitung geflüchteter Menschen durch das Integrationsmanagement. Ausdrücklich zu erwähnen ist auch die Förderung von Migrantenorgani-

sationen durch das Land, insbesondere des Landesverbands (post-)migrantischer Organisationen Baden-Württemberg (LpmO BW) und des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen (LAKA) Baden-Württemberg (vgl. Ziffer 9).

Ein weiterer Aspekt für die Ermöglichung gelingender Integration ist die Information zu und die Prävention von Rechtsextremismus und Ultrationalismus in migrantischen Communities. Ebenso wie andere extreme Haltungen und Ungleichwertigkeitsideologien ohne Bezug zu Konflikt- und Spaltungslinien im Ausland führen Ultrationalismus und Rechtsextremismus in migrantischen Communities zu einer Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und insbesondere die Integration vor Ort. Weiterhin enthalten Formen von Extremismus und Nationalismus in migrantischen Communities die Gefahr, dass Konflikte aus heimatstaatlichen Zusammenhängen in den Kontext der Migrationsgesellschaft eingebracht werden und aus diesem Grund der Integration im Wege stehen. Vor diesem Hintergrund gilt es, sowohl auf primärpräventiver Ebene Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu verhindern als auch auf sekundär- und tertiärpräventiver Ebene Sensibilisierungsmaßnahmen und Beratung zur Distanzierung aus dem extremistischen Milieu anzubieten.

Im Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist die Fachstelle Mobirex (Monitoring, Bildung und Information zur extremen Rechten, Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus) mit dem Thema befasst. Sensibilisierung und zuverlässige Informationen zum Thema sind unter anderem für Fachkräfte der Jugend- und Sozialarbeit und auch für Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen wichtig. Ein Ergebnis der Tätigkeit in diesem Bereich ist die Publikation des Magazins „Einsichten – Extreme Rechte und Ungleichwertigkeitsideologien der Postmigrationsgesellschaft“ im Jahr 2023. Begleitend hat die Fachstelle im Dezember 2023 eine Veranstaltung zum Thema „Türkischer Ultrationalismus – eine Herausforderung für die pädagogische Arbeitspraxis“ mit Beteiligung von Prof. Dr. Kemal Bozay von der IU Internationalen Hochschule Köln durchgeführt. Die Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX) des Demokratiezentrums Baden-Württemberg bietet ein „Online-Lunch-Format“ zum Thema „Kroatischer Ultrationalismus in Deutschland: Einblicke und Sensibilisierung“ an.

Das beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA) angesiedelte Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) bietet gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratungen gegen politisch und religiös motivierten Extremismus an, wozu nicht zuletzt auch der Bereich des auslandsbezogenen Extremismus zählt. Zu den Kernaufgaben des konex zählt insbesondere die Ausstiegsberatung für radikalisierte Personen und deren Umfeld.

Des Weiteren entwickelt die Landeskriminalprävention des LKA im Bereich der polizeilichen Prävention von politisch motivierter Kriminalität primär- und sekundärpräventive Programme, die landesweit standardisiert durch die Referate Prävention bei den regionalen Polizeipräsidien umgesetzt und lage- und brennpunktorientiert ergänzt werden.

3. inwiefern ihr das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) bekannt ist;

Das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ wird durch den Innovationsfonds des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Projekte, die sich auf die Förderung bewerben haben, waren angehalten, sich mit den ebenfalls zu Teilen aus Mitteln des Programms „Demokratie leben!“ finanzierten Landesdemokratiezentren in Verbindung zu setzen. Die Landeskoordinierung des Demokratiezentrums Baden-Württemberg ist im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration angesiedelt. Die Landeskoordinierungsstelle wurde daher im August 2022 über den Antrag des LAKA informiert. Nach Projektstart im März 2023 folgte die Information, dass das Projekt die Arbeit aufgenommen hat.

Das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ ist dem LKA nach Mitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen als primärpräventives Projekt bekannt, das sich mit unterschiedlichen Maßnahmen mit der Prävention von Rechtsextremismus und Ultrationalismus in der Migrationsgesellschaft befasst.

4. sofern Ziffer 3 bejaht wird, wie sie die verschiedenen Maßnahmen und Aktionen des Projekts „Hadi, wir müssen reden“ des LAKA zur Bekämpfung von Ultranationalismus und Rechtsextremismus aus ihrer Sicht bewertet;

Aus Sicht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration leistet das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ einen Beitrag zu Information und Prävention zu verschiedenen Formen des Extremismus und Nationalismus in der Migrationsgesellschaft. Dabei erfolgt eine enge Kooperation mit den Projekten des Demokratie-zentrums, die ebenfalls zu diesem Thema arbeiten.

Nach Ansicht des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen kann das Projekt als Beitrag zur Sensibilisierung zu verschiedenen rechtsextremistischen und nationalistischen Strömungen sowie zur Stärkung des Bewusstseins über die Problematik geeignet sein.

5. welche Informationen sie darüber hat, die Einblicke in die aktuellen Herausforderungen und Erfolge des Projekts „Hadi, wir müssen reden“ bieten, insbesondere im Hinblick auf die angestrebten Ziele zur Bekämpfung von Ultranationalismus und Rechtsextremismus;

Das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ hat nach Angaben des LAKA bereits einige Erfolge erzielt. Die Entwicklung von drei Workshops zur Prävention von Rechts-extremismus und Ultranationalismus in der Migrationsgesellschaft für Jugendliche und junge Erwachsene sowie die Basisvorträge über verschiedene Facetten des Extremismus sind wichtige Schritte bei Sensibilisierung und Aufklärung. Insbesondere die Fachveranstaltung am 16. November 2023 in Stuttgart hat zur Vertiefung beigetragen. Die beiden für 2024 geplanten Veranstaltungen versprechen weitere wichtige Erkenntnisse. Darüber hinaus erweist sich die Aufklärungsarbeit über Social Media als ein effektiver Weg, um insbesondere junge Menschen zu erreichen. Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern stärkt das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ nachhaltig strukturell.

6. inwiefern sie sich mit Vertretern des LAKA und insbesondere Projektmitarbeitern von „Hadi, wir müssen reden“ ausgetauscht hat;

Neben der Information zur Antragstellung beim Bund und zum Start des Projekts haben die Projektverantwortlichen im Oktober 2023 Kontakt zur Landeskoordinierungsstelle des Demokratie-zentrums im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aufgenommen. Im Rahmen eines Telefonats im November 2023 wurde ein weiterer Austausch vereinbart, der am 6. Februar 2024 per Videokonferenz stattfand.

7. wie sie die Zusammenarbeit zwischen dem LAKA und anderen relevanten Organisationen oder staatlichen Stellen bewertet, um eine effiziente Umsetzung von Integrationsmaßnahmen und Anti-Rechtsextremismus-Initiativen zu gewährleisten;

In § 10 Absatz 1 des Partizipations- und Integrationsgesetzes für Baden-Württemberg (PartIntG BW) hat sich die Landesregierung verpflichtet, mit dem LAKA auf Landesebene in integrations- und migrationspezifischen Angelegenheiten zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit ist seit vielen Jahren intensiv und erfolgreich. Nach § 10 Absatz 2 PartIntG fördert das Land die Arbeit des LAKA durch finanzielle Zuwendungen. Seit 2016 wird daher die Geschäftsstelle des LAKA gefördert, seit 2023 in institutioneller Form. Daneben werden einzelne Projekte gefördert, aktuell ein Projekt zur politischen Partizipation und ein Projekt „Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung“ (vgl. Ziffer 9).

Für den Bereich des Demokratie-zentrums Baden-Württemberg ist bekannt, dass das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ in Kontakt mit den Fachstellen FEX (Fachstelle Extremismusdistanzierung) und Mobirex (Monitoring, Bildung und Information zur extremen Rechten, gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus) steht. Der Austausch und ggf. die Zusammenarbeit zwischen den in einschlägigen und angrenzenden Bereichen tätigen Projekten und Fachstellen

ist ein wichtiger Gelingensfaktor für die Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Weiterhin ist bekannt, dass Kooperationen des Projekts mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) und der Stadt Stuttgart – Abteilung Integrationspolitik bestehen.

8. inwiefern verschiedene Angebote von Integrationsmaßnahmen und Anti-Rechtsextremismus-Initiativen über die zentrale Plattform bzw. Homepage des Demokratiezentrum Baden-Württemberg im Sinne einer Verweisberatung abrufbar sind;

Die Webseite des Demokratiezentrum Baden-Württemberg informiert über die Projekte und Angebote, die unter dem Dach des Demokratiezentrum im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und mit Kofinanzierung aus Landesmitteln gefördert werden. Eine Verweisberatung auf weitere in diesem Bereich tätige Programme und Projekte wie bspw. das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ erfolgt bei entsprechenden Anfragen.

9. inwieweit der LAKA im Rahmen des letzten Landeshaushalts Fördermittel für seine Tätigkeit und insbesondere für das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ erhalten hat;

Der LAKA hat im Haushaltsjahr 2023 vom Land eine institutionelle Förderung in Höhe von 40 000,00 Euro erhalten. Darüber hinaus wurde ein Projekt zur politischen Partizipation in Höhe von 39 943,86 Euro und ein Projekt „Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung“ in Höhe von 50 000,00 Euro gefördert. Das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ wurde vom Land finanziell nicht gefördert. Dies wäre auch wegen der Förderung durch den Bund und der Gefahr einer Doppelförderung aus zuwendungsrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen.

10. inwiefern sie plant, den LAKA und insbesondere das Projekt „Hadi, wir müssen reden“ im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen finanziell zu fördern und wenn ja, in welcher Höhe;

11. ob sie Maßnahmen plant, um die Nachhaltigkeit der Präventionsbemühungen über die Projektdauer hinaus sicherzustellen;

Die Fragen zu Ziffern 10 und 11 werden auf Grund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Über eine Fortführung der institutionellen Förderung des LAKA als auch über die Förderung des Projekts zur Stärkung der politischen Partizipation soll im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2025/2026 entschieden werden. Eine Förderung des durch den Bund geförderten Projekts „Hadi, wir müssen reden“ ist bislang nicht vorgesehen.

Maßnahmen des Landes in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention bestehen unter anderem im Rahmen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg, welches im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit Kofinanzierung des Landes gefördert wird. Der Bereich Prävention von Rechtsextremismus und Ultrationalismus in migrantischen Communities ist im Demokratiezentrum abgedeckt. Insbesondere die Fachstelle Mobirex ist in diesem Bereich tätig. Es ist, vorbehaltlich der Ausgestaltung der entsprechenden Förderrichtlinien und -schwerpunkte des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“, die gegenwärtig noch nicht vorliegen, vorgesehen, dass auch in der Förderperiode ab 2025 die für Baden-Württemberg relevanten Formen von Nationalismus und Extremismus von den Präventions- und Informationsmaßnahmen des Demokratiezentrum umfasst sein werden.

12. inwiefern sie plant, die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Projekt „Hadi, wir müssen reden“ in ihre Gesamtpolitik zur Förderung der Integration von Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund zu integrieren;

Ergebnisse und Erkenntnisse von im Land durchgeführten Projekten sowie auch Erkenntnisse aus Untersuchungen zu den jeweiligen Themen werden in die Strategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration zur Weiterentwicklung der von ihm geförderten Maßnahmen der Extremismusprävention und Demokratieförderung integriert.

13. ob sie plant, einen Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern anzustreben, um über das Projekt bewährte Praktiken im Umgang mit Rechtsextremismus und Ultranationalismus zu teilen und gemeinsame Ansätze zur Förderung der Integration zu entwickeln.

Inbesondere zwischen den Landesdemokratiezentren anderer Bundesländer sowie auch mit weiteren durch das Programm „Demokratie leben!“ geförderten und bundesweit tätigen Projekten erfolgt ein regelmäßiger Austausch zu Erfahrungen sowie bewährten Praktiken und Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung. Dies umfasst den Bereich der Prävention von Rechtsextremismus und Ultranationalismus insgesamt, wie auch spezifische Formen des Extremismus und Nationalismus in der Migrationsgesellschaft.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration